

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Berbergaſſe 2) und auswärts bei allen Königl. Poſtamtſtellen angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärtig 1 Thlr. 20 Sgr. Inſerate nehmen an: in Berlin: A. Neumeier, in Leipzig: Jäger & Fort, G. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jägerſche, in Götting: Neumann Hartmanns Buchhlg.

Danziger



Zeitung.

Amliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:
Dem Strafanstalts-Director Noß zu Götting den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Canalrath Schödel zu Stettin und dem Schullehrer Schewe zu Hohenleima den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Schullehrer Wellendorf zu Frankfurt a. O., dem Schullehrer Lange zu Dittmannsdorf, dem Schullehrer Krich zu Giesendorf, so wie dem Schleusenmeister Lorenz zu Brieskow und dem Armenbienen-Gärtner zu Breslau das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den Rechtsanwält und Notar Hesse zu Mühlhausen bei seiner Anstellung als Mitglied des Kreisgerichts in Erfurt zum Kreisgerichtsrath zu ernennen, und dem Kgl. Eisenbahn-Bureauvorsteher Lakomi zu Bromberg den Charakter als Canalrath zu verleihen.

(W. G. B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Hamburg, 25. Januar, Abends. Den „Ham. Nachr.“ ist eine scharfe officiële Widerlegung der in der letzten Murray'schen Note enthaltenen Behauptungen und der den Bundeskommissären gemachten Vorwürfe zugegangen, mit der Andeutung, die Bundeskommissäre würden jene Vorwürfe zum Gegenstande einer energischen Klageführung beim Bundestage machen.

Kiel, 25. Januar. Gestern kam mit Hilfe von Arbeitern, welche eine Rinne durch das Eis brachen, ein großes englisches Dampfschiff in den hiesigen Hafen.

München, 25. Januar, Nachmitt. Die Nachricht der „Südd. Btg.“, daß Bayern mit Oesterreich über die schleswig-holsteinische Angelegenheit unterhandelt und bereit sei, wenn die Großmächte Posten dem Herzog Friedrich überlassen wollten, über Schleswig auf einer Konferenz zu unterhandeln, wird von der „Bayerischen Zeitung“ für ganz unbegründet erklärt.

Landtags-Verhandlungen.

32. Sitzung des Abgeordneten-Hauses.

Präsident Grabow theilt mit, daß der Präsident des Herrenhauses ihr habe den Wortlaut der Beschlüsse des Herrenhauses in Bezug auf den Etat von 1864 zugehen lassen. Der Präsident fährt fort: Ich bin der Ansicht, daß nach der Verfassung ein Staatshaushalts-Etat vor dem Jahre 1864 zu Stande kommen muß, und daß folgerichtig das Haus der Abgeordneten, ehe das Gesetz zu Stande gekommen ist, überhaupt nicht entlassen werden kann (Bravo). Gleichwohl habe ich mit Rücksicht darauf, daß uns jetzt von dem Herrn Präsidenten des Herrenhauses der Beschluß derselben zur weiteren Veranlassung überwiesen worden ist, Ihnen den Vorschlag zu machen, daß wir dieses Schreiben mit dem Gesetzentwurf und der Anlage an die Budgetcommission zur Berichterstattung und zwar noch in der heutigen Sitzung, überweisen, und daß die Mitglieder der Commission die heutige Sitzung verlassen, um uns noch heute einen bestimmten Antrag vorlegen zu können. — Abg. v. Gottberg: Er halte das vom Präsidenten vorgeschlagene Verfahren für nicht zulässig. — Präsident Grabow: Das Haus hat die Geschäftsordnung sich selbst gegeben und hat sie selbst auszuüben. Im Jahre 1862 hat es in einem gleichen Falle in der Weise gehandelt, wie er heute vorgehen vorschlägt. Ich bin der Ansicht, daß wir es uns und dem Lande schuldig sind, uns hier noch eilig über diesen Gegenstand zu verständigen. (Bravo.) — Abg. v. Gottberg: Natürlich bleibe der Minorität nichts Anderes übrig, als zu protestiren. — Das Haus nimmt den Vorschlag des Präsidenten mit großer Majorität an. (Dagegen stimmen nur die Conservativen und

einige Mitglieder der katholischen Fraction.) — Die Mitglieder der Commission verlassen darauf den Saal.

Folgt Beratung des Berichtes über die Militärvorlage. — Regierung's Commissarius Oberst Dose verliest eine Erklärung des Kriegsministers, in welcher dieser erklärt, daß er, da er keinen Erfolg für das Zustandekommen des vorgelegten Gesetzes mehr erwarten könne, auf eine Fortsetzung der Debatte verzichte. Da auf diese Weise eine Lösung des Conflictes nicht möglich sei, so müsse die Regierung die Reorganisationsfrage als eine reine Budgetfrage betrachten und habe jetzt, nachdem das Budget abgelehnt sei, kein Interesse an einer weiteren Verhandlung mehr. — Abg. Graf Schwerin: Er habe sich während der Rede des Regierung's-Commissarius das Wort zur Generaldiscussion erbeten, da er eine Erwiderung auf dieselbe für notwendig halte. — Abg. Dr. Waldeck ist der Ansicht, daß diese Erwiderung dem Berichterstatter überlassen werden könne.

Referent Abg. Dr. Gneist: Der Kriegsminister hat die Darstellung des Commissionsberichtes eine unvollständige, pragmatische und parteiische genannt. Diese Darstellung ist keine pragmatische, sondern eine schlichte, historische Darstellung des Verlaufes der Militärfrage, stützend auf authentischen Staatsurkunden. Der Kriegsminister hat in der Commission mit keinem Worte sich über die Widersprüche erklärt, die in den bisherigen Erklärungen der Regierung enthalten sind. Redner weist diese Widersprüche nach, indem er die in der Reorganisationsfrage seitens der Regierung in den verschiedenen Stadien abgegebenen Erklärungen durchgeht. Diese Widersprüche lassen sich nicht fortzulegen, und wenn der Kriegsminister sie nicht sehen will, so kommt das daher, weil er seine tactischen Dispositionen geändert habe. Er glaubte sich, mit der Reorganisation ein zuverlässigeres Heer schaffen zu können und wollte gleichzeitig, wie man gesagt, gegen die Revolution und die Demokratie kämpfen, und ich muß gestehen, daß er diese tactische Disposition mit Geschick und Consequenz verteidigt hat, so daß selbst die Commissionen zur äußersten Vorsicht genöthigt waren. Dem Kriegsminister ist es aber dabei ergangen wie manchem General, der den Feind, den er bekämpft, verkannt hat. Er hat die Revolution zu bekämpfen geglaubt und seine Disposition war gegen Gesetz und Verfassung gerichtet. (Lebhaftes Bravo) Wahrlich nicht die Revolution ist in unserm Lande zu bekämpfen: kein Monarch hat ein loyaleres, königstreueres Volk gehabt, als König Wilhelm I. bei seiner Thronbesteigung. (Lebhaftes Bravo.) Das Volk hat sich nicht geändert, aber wohl die Regierung in den letzten Jahren. (Stürmischer Beifall.) Der Kriegsminister nimmt überhaupt diesem Hause gegenüber eine privilegierte Stellung ein; er ist Soldat, und für Soldaten gilt die 100jährige Rechtsvermutung, daß sie vom Rechte nichts zu wissen brauchen, daß sie immer bonafide sind. Aber diese persönliche bonafides des Kriegsministers kann doch nichts an der Verfassung und dem Gesetz des Landes ändern. Es ist überhaupt eine eigenthümliche Erscheinung, daß in dieser Militärfrage, welche die Lebensbedingung des preussischen Staats so tief berührt, die andern Ressorts ganz unvertreten sind, daß sich seit Jahren weder der Finanzminister, noch der Minister des Innern daran betheiligen, und daß der Justizminister in dem Augenblicke verschwunden ist, wo der Kriegsminister die Theorie entwickelte, daß in der Gesetzesammlung publizierte Gesetze durch einseitige königliche Befehle aufgehoben werden können. (Bravo.)

Ich habe so viel Respekt vor der Ehrenhaftigkeit der preussischen Beamten, daß ich glaube, es würde kein

Justizminister sich finden, der es wagte, ohne zu erröthen, die rechtlichen Ausführungen, welche wir von dem Kriegsminister gehört haben, zu verteidigen. (Lebhafter Beifall.) Es liegt dieses Verhältniß in dem Wesen einer Kabinettsregierung, daß durch einen einfachen Wechsel der Rollen Gesetz und Verfassung des Landes auf den Kopf gestellt wird, so daß der Diplomat das Finanzrecht, der Kriegsminister das Gesetz des Landes auslegt. Schon Stein hat eine solche Regierungsmanier mit den verbithen Ausdrücken gebrandmarkt. Nur mit zwei Worten hat sich der Kriegsminister über den Vorwurf ausgesprochen, daß die Reorganisation mit den Gesetzen des Landes im Widerspruch stehe, er hat ihn eine tendenziöse Parteilichkeit genannt, die den Sturz der Minister bezwecke. Das ist so Parteilichkeit sein, was in feierlicher Stunde als Landesgesetz hingestellt wurde! Dieses Gesetz, an dem wir festhalten, sollte der Dank des Hauses Hohenzollern an das Land sein für die in der Gefahr geleistete Hilfe. Jenes Landesgesetz, das die allgemeine Wehrpflicht einführt und welche man als Motiv der Reorganisation anführt, enthält die Worte, daß die Wehrpflicht nach Maßgabe des Gesetzes ausgeführt werden soll, nicht aber, wie sich das vielleicht in Rußland denken ließe, daß das ganze Land dem alleinigen Belieben der Verwaltung preisgegeben und ein allgemeines Rekrutendepot sein soll. (Lebhaftes Bravo.) Und nicht nur das Gesetz, sondern auch eine fünfjährige Praxis spricht gegen die Reorganisation. Endlich aber widerspricht die Art und Weise, in der man zuerst die Credit ewilligung verlangt und nachher interpretirt hat, auf das Entschiedenste dem Willen der Monarchie, dem Gesetze, das in keinem Lande erst publizirt zu werden braucht, dem ewigen Sittengesetze der Wahrheit. (Stürmischer Beifall.) Nach dreimaligen Neuwahlen, in denen das Volk dieselben Vertreter hierher geschickt hat, nachdem Volksvertretung und Land nichts weiter verlangen, als die Wiederherstellung des gesetlichen Zustandes, der 50 Jahre hindurch für König und Volk bindend gewesen ist, beschuldigt uns der Minister tendenziöser Parteilichkeit und der alleinigen Absicht, die Minister zu stürzen. Ich glaube es wohl von der Mehrheit dieses Hauses versichern zu können, daß jeder Mann von Emsicht und Character sich dafür bedanken wird, der Nachfolger dieser Herren (auf die Ministerstühle deutend) zu werden. (Lebhaftes Bravo.) Man beschuldigt uns, daß wir das Land und die Armee wehrlos machen wollen, uns, die wir nur die alte Heeresverfassung wollen, die sich unter zwei Königen bewährt hat und der Stolz und die Kraft des preussischen Staates gewesen ist. Beschuldigt man nicht damit die Könige Friedrich Wilhelm III. und Friedrich Wilhelm IV., daß sie das Land 50 Jahre hindurch wehrlos gelassen haben? (Lebhafter Beifall.) Wahrlich die Entfittlichung ist nie so tief gewesen, als sie sich in der Behauptung offenbart: die fünfzigjährige Verfassung der Armee habe das Land wehrlos gemacht. (Stürmischer Beifall.) Ich weiß wohl, wie stehen vor dem Entscheidungslampfe, und ich glaube und kann wohl behaupten, daß nichts die stittlichen Wurzeln der Monarchie mehr untergraben kann als solch ein Vorgehen. Wahrlich, wenn noch ein Rückzug möglich wäre, das wäre keine Niederlage der Monarchie, sondern die höchste Behauptung der allhergebrachten Eigenthümlichkeit des Königtums der Hohenzollern, der Achtung der Hohenzollern vor dem selbst gegebenen Rechte! (Anhaltender, stürmischer Beifall.) Es wäre dies der höchste Sieg in einer deutschen Monarchie, ein Sieg über blinde Leidenschaft und verbrecherische Rathschläge. (Anhaltender, stürmischer Beifall.)

tionen bedürftige, die das materielle Leben des Arbeiters erleichtern können. Unter den Associationen dieser Art seien dagegen die, welche die Arbeiter unter sich abschließen, wie dieselben in Genöthe geschahen, die zweckmäßigsten. Redner will keineswegs die übrigen Associationen, die zu a. B. den Arbeitern und aus Wohlthatigkeit die Absicht verfolgen, tadeln. Ein anderes Mittel, die Ausbeutung des Arbeiters zu verringern, ist die Gewerkschaft des Handwerkszeuges. Dieses dürfte jedoch nicht so weit getrieben werden, daß es den Interessen der Familie schade. Denn die erste Pflicht ist, Alles aufzubringen, damit der Arbeiter in seiner Familie nicht außer d. r. leben ließe. Der Redner will keineswegs der Dampfkraft den Ring erklären; ehemals aber wäre per Arbeiter in einer kleinen Werkstatt gelebt, so zu sagen unter den Augen seines Vaters und seiner Mutter. Heute sei das Individuum wie verloren in einer großen Werkstatt von 2-30 Arbeitern. Dieses sei eine große Gefahr, und man müsse suchen, den Faden der Familie zu bewahren. Die Wohlthatigkeit müsse daher heute Alles aufwiegen, damit die Familienbande nicht noch lockerer gemacht würden. Dieser Grundlag müsse auf die Organisation des gemeinschaftlichen Handwerkszeuges seines Anwendung finden. Die Bervielfältigung der öffentlichen Bäder und Baderanstalten sei auch eine wahre Wohlthat; denn die Reinlichkeit sei Tugend, und wenn dieselbe eine National-Tugend werde, so würde dies als eine große sociale Wohlthat gepriesen werden. Die Frage über den Arbeitslohn habe man vor 15 Jahren in einer wenig friedlichen Zeit debattirt. Man möge den jetzigen ruhigen Augenblick benutzen, um sie zu studiren. Am leichtesten erfolge Erhöhung der Löhne, wenn die Industrie gute Zeiten habe; sobald Meister und Fabrikbesitzer Geld verdienen, werden sie auch ihre Arbeiter gut bezahlen und sie nicht gehen lassen, während, wenn dieselben keine Geschäfte machten, sie schlecht bezahlten und ihre Arbeiter ihres Dienstes entließen. Die Arbeiter dürften daher nie vergessen, daß sie mit den Fortschritten der Industrie solidarisirt seien, und daß ihre Lage nur dann eine gute sein könne, wenn die Industrie blühe. Uebrigens könne man dem Arbeiter auch mit einer gewissen Anzahl von Hilfsleistungen beistehen; wenn man dieselben jedoch näher unterjuche, so erschrecke man über

Jules Simon über die Arbeiterfrage.

Aus den Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers in Paris vom 19. Januar tragen wir Jules Simon's Rede in einem ausführlicheren Auszuge nach, weil sie ein Thema behandelt, das auch für unsere Zustände von der höchsten Wichtigkeit ist und zugleich einen Maßstab für die französischen Ansichten über die Arbeiterfrage enthält.

Was die Stellung der Frauen anbelangt, so spricht sich Jules Simon zu deren Gunsten aus, in so fern es die Betheiligung derselben an den Arbeiten anbelangt, an denen bis jetzt nur die Männer allein Theil nahmen. Einige Versuche dieser Art seien gemacht worden, z. B. in den Buchdruckereien. Die Frauen seien zwar von jeher dort beschäftigt gewesen, aber in der letzten Zeit habe man sie auch jenseits lassen, was früher nie der Fall gewesen. Redner habe Buchdruckereien gesehen, wo Frauen allein beschäftigt sind, und gefunden, daß dieselben vortheilhaft arbeiten; die Arbeiter hätten sich dagegen aufgelehnt, besonders deshalb, weil sie eine Herabsetzung der Löhne befürchteten; aber die Frauen hätten das selbe Recht an der Arbeit, wie die Männer, nur dürfe die Moralität nicht darunter leiden. Die Arbeiter hätten gesagt: „Wir wollen nicht, daß unsere Frauen in den Werkstätten arbeiten; wir wollen für sie arbeiten.“ Jules Simon findet darin eine Andeutung zur Rückkehr zu den Ideen der Familie, und freut sich darüber; aber er meint, nicht alle Frauen seien verheirathet, und nicht alle Mütter wären sicher, von ihren Männern nicht verlassen zu werden. Redner sage dies nicht allein für die Arbeiter; die ganze französische Gesellschaft zeige leider, daß man nicht mehr die gebührende Achtung vor der Familie habe. Jules Simon klagt hierauf, daß so wenig für die Erziehung der Frauen geschehe: selbst Guizot habe durch sein 1833 erlassenes Gesetz weniger für die Frauen als für die Männer in dieser Beziehung gethan. Das sei Unrecht. Durch die Erziehung des Mannes kläre man die Gesellschaft, durch die bessere Erziehung der Frauen kläre man die Familie auf. Wenn man dem Unterrichte Verbreitung verschaffen wolle, so müsse man mit der Mädchen-Erziehung den Anfang machen. Er habe im Faubourg Saint Antoine eine Masse Werkstätten gesehen und gefunden, daß

die Mehrzahl der dort verwendeten Frauen weder lesen noch nähen könne. Schließlich empfiehlt Redner die Verbesserung der Arbeiterwohnungen und läßt hinzu: „Ich empfehle Ihnen diese Reformen; geben Sie dem Arbeiter große Freiheit und zugleich größere Mittel, vollkommen moralisch zu sein. Um in Frankreich Arbeiter zu haben, welche die öffentliche Moral zu wahren wissen, um große Werke zu besitzen, welche die Concurrenz des Auslandes bekämpfen können, muß man vor Allem die Familie wieder in ihre Rechte einsetzen, der Frau die Macht der hohen Gesetze zurückgeben, durch welche die Männer mächtig sind, mögen sie nun Generale und Ingenieure oder einfache Soldaten und Arbeiter sein.“ Die Rede Jules Simon's machte auf die Versammlung einen tiefen Eindruck, wie auch die Abbitmung bewies, bei welcher sich 54, darunter die drei Beize, für die Annahme des Amendements aussprachen. Die Rede Jules Simon's entwarf übrigens auch ein Bild von der Lage der Arbeiter in Frankreich, welche, besonders was die Arbeit der Frauen und Kinder anbelangt, eine ungewöhnliche zu nennen ist, namentlich, wenn man sie mit den Zuständen in Deutschland vergleicht. Jules Simon erörterte aber auch noch die Frage, woher die Arbeiter-Coalitionen kommen. Die gewöhnliche Ursache zu denselben fand er nicht in dem abstracten Vergleich, welchen der Arbeiter zwischen dem Gewinne anstelle, den sein Meister mache und dem, was ihm zukomme. Was den Arbeiter verleite, sei das dringende Bedürfnis in Fällen, wo seine Arbeit ihm nicht den nöthigen Lebensunterhalt verschaffe. Es sei daher notwendig, daß, wenn man das Gesetz gegen die Coalitionen abschaffen wolle, man zugleich Mittel auffinden müsse, um zu verhindern, daß in Zukunft nicht nach wie vor jene Uebelstände eintreten. Jules Simon spricht hier von allen denen, die sowohl in der Stadt, als auf dem Lande ihren Unterhalt durch ihre Handarbeit gewinnen müssen. Die Lage der Arbeiter werde aber nur durch zwei Dinge erschwert: durch das Herabdrücken des Lohnes und durch das Mißverhältniß zwischen dem Lohne und dem Preise der gewöhnlichen Lebensmittel. Die Gesellschaft könne hauptsächlich in letzterer Beziehung wirken, nicht, indem sie die Preise der Lebensmittel herabzubringen suche, sondern dadurch, daß sie die Associa-

fall.) Hat doch selbst Napoleon I., als er hingerissen von Leidenschaft gegen das Gesez vorgehen wollte, den Vorschlag eines deutschen Generals nachgegeben, der ihm mit den Worten entgegen trat: *Votre Majesté va fusiller la loi.*

Präsident: Der Herr Vorsitzende der Budgetcommission theilt mir mit, daß die Commission ihren Auftrag erledigt habe. Wir werden also die Beratungen jetzt unterbrechen. Abg. v. Nordenbeck: Die Commission schlägt Ihnen folgende Resolution vor:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen zu erklären: 1) Der von dem Herrenhaus in seiner Sitzung vom 23. Jan. d. 3. gefasste Beschluß, durch welchen dasselbe nach Ablehnung des von dem Hause der Abgeordneten beschlossenen Staatshaushaltsetatsgesetzes für das Jahr 1864 dem dem Herrenhause verfassungsmäßig nicht vorliegenden Budgetentwurf der Königl. Staatsregierung im Ganzen angenommen hat, verstößt gegen den Art. 62 der Verfassung und ist deshalb null und nichtig; 2) das Herrenhaus hat durch diesen Beschluß das wichtigste Recht des Abgeordnetenhauses verlegt und gleichzeitig durch die Ablehnung des von dem Abgeordnetenhaus beschlossenen Staatshaushaltsetats der Königl. Staatsregierung die verfassungsmäßige Befugnis entzogen, die darin bewilligten Ausgaben im Betrage von 137,97,941 Tblr. zu leisten; 3) die Königl. Staatsregierung macht sich eines offenen Verfassungsverstoßes schuldig, wenn dieselbe fortfährt, ohne Zustimmung beider Häuser des Landtages über die Mittel des Staates eigenmächtig zu verfügen; 4) jede Anleihe — in welcher Form es auch sei — ohne Genehmigung der Landesvertretung für den Staat aufgenommen werden sollte, ist verfassungswidrig und für den preussischen Staat allezeit unverbindlich.“

Mit Rücksicht darauf, daß die verfassungsmäßige Existenz des Hauses wohl nur noch von kurzer Dauer sein wird, werde ich mich in der Begründung der Resolution kurz fassen. Die erste Resolution wiederholt den Beschluß des Hauses vom 13. Decbr. 1862. Durch den Beschluß, welchen das Herrenhaus über den von der Staatsregierung vorgelegten Etatsgesetzentwurf gefaßt hat, wird Art. 62 der Verfassung verletzt; einmal soll der Etat uns zuerst vorgelegt werden, daraus folgt, daß das Herrenhaus die wichtigste Prerogative des Abgeordnetenhauses verletzt und dagegen müssen wir uns vermahnen. Nach dem klaren Wortlaute des Art. 99 der Verfassung in Verbindung mit Art. 104 hat die Regierung nur ein Recht, über die Staatsgelder zu verfügen, wenn sie durch das Gesez mit dieser Verfügung beauftragt ist. Das Herrenhaus hat die von uns bewilligten 137 Millionen verworfen und die Staatsregierung hat nicht die Befugnis, auch nur einen Pfennig davon auszugeben. Die Verfassung läßt für diesen Fall, um die verfassungsmäßige Fortexistenz des Staates zu sichern, einen Ausweg zu. Ich habe nicht zu untersuchen, ob die Staatsregierung diesen Ausweg ergreifen will. Thut sie es nicht, so macht sie sich des offenen Verfassungsverstoßes schuldig und das muß dem Lande gegenüber constatirt werden. (Bravo.) Man kann eine Anleihe in verschiedenen Formen contrahiren; man kann sie im Lande und im Auslande contrahiren. Wir haben gehört, daß der Ministerpräsident die Mittel nehmen will, wo er sie findet; wir haben die Erklärung im Herrenhause bei dem Adressentwurf vernommen, wir haben in conservativen Blättern eine Kronanleihe erbetet gesehen. Damit Niemand im Inlande und Auslande darüber im Unklaren ist, darauf soll ausgesprochen werden, daß eine solche Anleihe für alle Zeiten unverbindlich ist und von keiner künftigen Landesvertretung irgendwie respectirt werden wird. (Bravo.) Abg. Wagener (Neustettin): Er hatte sich für verpflichtet, Protest einzulegen gegen die Art und Weise der Behandlung dieses Antrages. Er glaube, daß die Majorität des Hauses nicht die Berechtigung habe, sich durch ihren Beschluß über ihre Geschäftsordnung hinwegzusetzen und er protestire gegen eine Behandlung, die er seinerseits für null und nichtig erklären müsse. (Bravo rechts.)

Präsident Grabow erklärt, daß das Verfahren, nach § 18 der Geschäftsordnung, zulässig sei und daß vor zwei Jahren ebenso verfahren sei.

Graf Schwerin: Er hätte dafür gestimmt, das Schreiben des Herrenhauses einfach zu den Acten zu legen. Die Behandlung der Sache entspreche nicht der Geschäftsordnung. Was die letzten beiden Sätze der Resolution anbelangt, so sei er der Sache nach einverstanden, könne jedoch die formelle Behandlung nicht allseitig anerkennen, und müsse deshalb da-

gegen stimmen. — Abg. v. Bethusy-Huc schließt sich dem Protest der Conservativen an, obgleich er das Recht des Herrenhauses zu dem gefassten Beschluß für sehr zweifelhaft hält.

— Abg. Osterrath bittet die Resolution zu theilen, da er mit einigen Punkten nicht einverstanden sei, und deshalb sonst gegen die ganze Resolution stimmen möchte. — Minister Graf Egenpflug protestirt im Namen des Ministeriums. — Abg. Graf Schwerin ist der Ansicht, daß die Sache, welche in der Resolution enthalten sei, ganz selbstverständlich sei. — Abg. v. Foverbed macht darauf aufmerksam, daß der Graf Schwerin im Jahre 1862 die gleiche Behandlung für gerechtfertigt erklärt habe.

Abg. v. Bodum-Dolffs macht darauf aufmerksam, daß man ganz so wie im Jahre 1862 verfahren sei. Wenn die Regierung jetzt mittheilen wolle, wann das Haus geschlossen werde, dann sei es vielleicht möglich, die Debatte auf morgen zu verschieben. — Abg. Schulze (Berlin): Es handle sich nicht um einen legislativen Act, sondern um die Wahrung seiner verbleibenden Prerogative, und darüber hat das Haus selbstständig zu berathen und zu beschließen. Das Land erwarte Beschlüsse ohne viel Reden und in solchem Falle, wo es sich um die heiligsten Rechte handle. — Abg. Graf Schwerin hält eine Vertagung auf morgen für wünschenswerth. Dann könne die Regierung nicht sagen, daß sie nicht gehört worden sei. — Abg. v. Foverbed macht darauf aufmerksam, daß die früheren Präcedenzfälle für das jetzige Verfahren entschieden und daß Graf Schwerin sich damals ohne Protest dem gefügt habe. — Abg. v. Blandenburg: Er erkläre, daß er sich über die Annahme der Resolutionen freuen würde und habe sich deshalb die Brille aufgesetzt. (Laute Unterbrechung, in denen die Worte des Redners verhallen.)

Ref. Abg. v. Nordenbeck: In Folge der Aeußerungen des Hrn. Handelsministers richte ich die Frage an die anwesenden Vertreter der Staatsregierung, ob die Staatsregierung bereit ist, sich morgen an einer Berathung zu betheiligen. Nach einer kurzen Pause erklärt Präsident Grabow: Aus dem Schweigen der Minister entnehme ich, daß das Haus binnen sehr kurzer Zeit geschlossen werden wird. Ich muß hier zu meinem Bedauern nochmals constatiren, daß unter dem gegenwärtigen Ministerium der früher nicht dagewesene Brauch sich eingeschlichen hat, der zugleich beweist, wie wenig Achtung die Regierung vor dem Präsidenten dieses Hauses und dem Hause selbst hat, daß der Präsident nicht von den Beschlüssen des Staatsministeriums hinsichtlich der Vertagung, Schließung oder Auflösung vorher in Kenntniß gesetzt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Zur Sache selbst muß ich die erhobenen Proteste als unbegründet zurückweisen, da das Haus in allen den Fällen, wo die Geschäftsordnung keine besondere oder eine zweifelhafte Bestimmung enthält, der eigene Interpret seiner Geschäftsordnung ist und ich mich der Entscheidung desselben selbst zu fügen habe. (Lebhafte Beifall.) Die vom Abg. Osterrath beantragte Theilung der einzelnen Resolutionen wird beschlossen.

Bei der Abstimmung selbst werden die 1., 2. und 4. Resolution vom ganzen Hause mit Ausnahme der Feudalen und einiger Katholiken, die dritte gegen die Stimmen der Feudalen, Katholiken und der altliberalen Mitglieder angenommen. Graf Schwerin hat sich nach der Abstimmung über die erste Resolution entfernt.

Der Minister des Innern Graf Eulenburg vermahnt sich gegen die vom Präsidenten des Hauses gerägte Rücksichtslosigkeit und theilt darauf eine Kgl. Hofkass mit, welche zu der Schließung nach dem Weißen Saale einladet.

Das Haus fährt darauf in der Debatte über die Militairnovelle fort. Die Regierungsvorlage wird bei namentlicher Abstimmung mit 268 gegen 34 Stimmen verworfen. Es haben für die Regierungsvorlage gestimmt: v. Aulock, Graf v. Bethusy-Huc, v. Blandenburg, v. Basse (Neustettin), v. Basse (Ramslau), v. Eisner, Engelbrecht, Graf zu Eulenburg, Foitzig, Franz, v. Gottberg, v. Göllo, v. Gottry, Hahn (Ratibor), Hoffmann, Hüner, Jaensch, v. Jagow, Krang (Schlawe), Kunde, v. Müskel-Collande, v. Niebelschütz, v. d. Osten, Graf Renard, Fhr v. Richtigshofen, Graf v. Franken-Sierstorpff, Wagener (Neustettin), v. Waldow-Reizenstein, Dr. Wancup, Graf v. Wartensleben, Wetzel, Wopple; der Abstimmung enthalten hat sich Fehr. v. Binde-Olbendorf, Graf Schwerin hat bei der Abstimmung gefehlt.

Folgt die Berathung über den ersten Bericht der Untersuchungs-Commission. Der Antrag der Commission lautet: „Die im Einverständnis mit dem Staatsministerium erfolgte Weigerung des Ministers des Innern, des Ministers für Handel und des Ministers für geistliche Angelegenheiten, den Requisitionen der Commission vom 14., 15. und 16. Decem-

nicht oft, sie beschäftigen sich meistens mit einer Specialität ihrer Handwerke, während der deutsche Arbeiter sein Handwerk durch und durch kennt. Um sich von den Vorzügen des in Deutschland herrschenden Systems zu überzeugen, braucht man nur einen Blick auf Paris zu werfen. Von deutschen Arbeitern kommen jedes Jahr eine große Anzahl nach der französischen Hauptstadt, und es giebt nur wenige von denen, die dort längere Zeit verweilen, welche nicht selbstständig werden, während der gewöhnliche französische Arbeiter, was Schulbildung und Kenntniß in seinem Fache anbelangt, es darin gewöhnlich zu nichts bringt.“

Zum Schlusse geht Redner noch auf zwei andere Punkte über, welche die Arbeiter in hohem Grade beschäftigen, nämlich auf die Einführung der Maschinen und die Arbeit der Kinder und Frauen. Redner will nichts von den Maschinen sagen, sondern nur die zweite Frage behandeln. Die Frage sei für die Einen nicht die nämliche, als für die Andern. Er spricht sich zuerst dafür aus, daß man den Elementar-Unterricht obligatorisch mache, was er bekanntlich in Frankreich noch nicht ist. Dann verlangt er als eine Gnade, nicht, daß man die Kinder erst mit neun, statt mit acht Jahren (die Kinder dürfen in Frankreich gesetzlich schon mit acht Jahren als Arbeiter benützt werden) in die Fabriken und Werkstätten senden dürfe, sondern nur, daß man sie statt täglich acht Stunden nur sechs Stunden arbeiten lasse. „Alle diejenigen“, fügt Redner hinzu, „welche bei Gelegenheit der Rekruten-Aushebung unsere großen Fabriksdistricte besucht haben, werden sich erinnern, daß die jungen Leute, die man zum Militärdienste berufen, das Aussehen kränklicher, aus der Schule herausgekommener Kinder hatten. Ich will nicht versuchen, Ihr Mittel für das Schicksal dieser Kinder zu erregen; ich weiß alles, was man für die Verbesserung der Arbeits-Bedingungen gethan hat; aber es handelt sich um Kinder von acht Jahren, die täglich acht Stunden arbeiten müssen! Man muß deshalb die Arbeiten der Kinder auf sechs Stunden ermäßigen; man muß es dieser Kinder wegen und zur Ehre des menschlichen Geschlechts thun; man muß es endlich thun, um wirklich Schulen zu erhalten, denn mit der gegenwärtigen Vertheilung der Arbeit ist die Schule ein Ding der Unmöglichkeit.“

her vor. 3. zu entsprechen, verletzt Art. 82 der Verfassungs-Urkunde.“

Berichterstatter Abg. Senff vertheiligt den Commissions-Antrag mit Hinweis auf das Wahleresultat vom 10. October 1861, in welchem es ausgesprochen sei, daß Wahlen, bei welchen durch ungebührliche Mittel verhindert worden, daß der Ausdruck der öffentlichen Meinung zur vollständigen Geltung komme, die Regierung keine Stütze gewähren könne. (Die Unruhe im Hause verhindert, den Ausführungen des Redners zu folgen; es ist nur zu constatiren, daß sie von lebhaftem Beifall begleitet werden.)

Minister des Innern Graf Eulenburg: Das Schweigen der Regierung der Commission gegenüber sei nicht aus der Absicht hervorgegangen, die Thatfachen, die erlassenen Verfügungen, dem Auge der Welt und der Öffentlichkeit zu entziehen. Die Regierung sei der Ansicht, daß die verfassungsmäßige Befugnis der Commission eine andere sei, als die Commission sie auffasse, und dadurch sei die Regierung in die Negative gedrängt worden. Die legislative Gewalt habe keine Berechtigung, in die Executive einzugreifen. Der Antrag der Commission wird mit großer Majorität angenommen.

Präsident Grabow schließt darauf mit einem Rückblick, dem wir folgendes entnehmen: Die Staatsregierung hat dem Hause im Ganzen 30 Vorlagen gemacht. Von ihnen haben die Zustimmung der beiden Häuser 8 Vorlagen, die nur erforderlich gewesene Zustimmung dieses Hauses 3 Vorlagen erhalten. Von den übrigen Vorlagen sind 3 verworfen, über 8 sind zwar die Commissions-Berichte erstattet, aber wegen des Schlußes der Session noch nicht in das Plenum gelangt und die letzten 3 auch in den Commissionen noch nicht erledigt worden. Die Zahl der eingegangenen Petitionen beträgt 376. Davon sind in den Commissionen berathen 161 und in ihnen wegen des Schlußes der Session, mit Einschluß von 58 gleichlautenden Petitionen der Dissidenten-Gemeinden unerledigt geblieben 215 Petitionen. Die seit dem 9. November v. 3. in einem kaum 2 1/2 monatlichen Zeitraum geförderten, umfangreichen Arbeiten werden dem Lande, auch ohne meine, aus eigener Wahrnehmung gewonnene, auch ohne die vom Ministerische wiederholt erfolgte Bestätigung, den unabweisbaren, durch die frivolen Verdächtigungen der allzulangsten Zeit nicht zu entkräftigenden Beweis liefern, daß das Abgeordnetenhaus mit beharrlichem Eusse und Eifer bemüht gewesen ist, die Verfassung in ihrem ureigenen Geiste gegen die eideswidrigen Einbrüche in des Volkes verbriefte und beschworene Rechte zu vertheidigen und das Gedeihen und die Wohlfahrt des Landes zu fördern (Bravo), soweit ihm Gelegenheit und Zeit gegeben und trotz der erst vor kaum acht Tagen eingebrachten und zur Berathung im Hause bereits reifen Eisenbahnvorlagen gelassen worden ist. Mit dem Abgeordnetenhaus weiß aber auch das preussische Volk, an wem die Schuld liegt, daß diese an mühevollen Arbeiten überreiche, kurze Session nicht entsprechende, augenblicklich wahrnehmbare Erfolge gehabt hat. (Zustimmung.)

Der seit Jahren durch die ohne Gesez einseitig durchgeführte Heeresorganisation und durch die verfassungswidrige unterlassene Feststellung des Staatshaushaltsetats heraufgeschworene Kampf währt trotz dreimaliger Neuwahl des Abgeordnetenhauses fort und nimmt dadurch immer weitere Dimensionen an, daß durch den inmitten der Berathung über den seit 4 Jahren zum ersten Male auf der Tagesordnung stehenden Gesetzentwurf, betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienste, herbeigeführte Landtagschluß aufs Neue die definitive Feststellung des Staatshaushaltsetats pro 1864 gegen den Wortlaut und den Geist der Verfassung verstoßen wird. Nicht gelungen ist es, das Heerwesen Preußens in den Verfassungszustand einzureihen; der budgetlose Zustand dauert fort und hebt das verfassungsmäßige Budgetrecht des Hauses der Abgeordneten gänzlich auf; der dringende gebotene Ausbau der Verfassung durch das Ministerverantwortlichkeitsgesez, durch die Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung (Bravo), das Unterrichts-gesez, die Gewerbeordnung ist vollständig stillt. Die liberalen Grundsätze des Jahres 1858 sind verlassen. Die Machtsfrage verdrängt in unserm engeren und weiteren Vaterlande die Königl. Worte: „Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schlagen bereit ist.“ Mit ihr ist die Reaction wieder aufgetreten. Sie setzt den Absolutismus zum Erben des Scheinconstitucionalismus ein. (Lebhafte Zustimmung.)

Mitten in diesen ungelösten, schweren innern Conflict treten die tief erschütterten äußern Verhältnisse hinein. Die für Preußen seit 1858 in Deutschland gewonnenen, moralischen Eroberungen sind verloren. Deutschlands Einheit, welche durch Lösung der schleswig-holsteinischen Frage im deutschen Interesse endlich gesichert wäre, wird durch bundeswidrige Sonderbundsbestrebungen seiner Großmähte schwerer denn je wieder in Frage gestellt. Die Reactionirung der heiligen Alliance mit all ihren Gefahren erscheint am europäischen Horizont.

Dies ist die verhängnißvolle Lage unsers engern und weitem Vaterlandes. Und wer ist in ihr der Rocher de bronze? Nicht die äußere Macht, sondern die freie Liebe des verfassungstreuen Volkes (Beifall) zu seinem ihm vertrauten, angeklammerten verfassungsmäßigen Könige. Sie allein vermag das sturmumdräute Staatsschiff unter der Flagge der Einheit zwischen Fürst und Volk in den sichern Hafen der beschworenen Verfassung zu führen und die verfassungswidrigen Handhaben einer selbstthätigen Reaction zu überwinden. Sie weiß, daß die beschworene Verfassung das unabsehbare Banner ist, um welches sich das preussische Volk stets scharen und welches dasselbe gegen jede verfassungswidrige Detraction mit allen verfassungsmäßigen und gesetzmäßigen Mitteln vertheidigen wird. (Lebh. Bravo.)

Ihnen, m. H., sage ich meinen aufrichtigen Dank für die mir in der Ausübung meines Amtes gewährte freundliche Rücksicht und künftige Unterstützung während dieser Session, welche wir mit dem Rufe schließen: Hoch lebe Sr. Majestät der König Wilhelm I! Das Haus erhebt sich. Abg. Sello bringt dem Präsidenten den Dank des Hauses dar, in welchen das ganze Haus, mit Ausnahme der Conservativen, lebhaft einstimmt. Präsident Grabow dankt dem Hause dafür, daß sie ihm durch ihre Mitwirkung die Leitung erleichtert haben und schließt mit einem Hoch auf die Verfassung und das preussische Volk, welches fest zu seiner Verfassung steht. In dieses Hoch stimmt die Majorität des Hauses und die Tribünen lebhaft ein.

11. Sitzung des Herrenhauses.

Das Haus trat in die Berathung der Breknovelle. Herr Daniels befuhrwortete den verschärfenden Entwurf der Commission. Er bedauert die Abschaffung der Concessions-Entziehung im Verwaltungswege, spricht für Einführung von Gefängnißstrafen, da Geldstrafen nicht mehr genügen. Dagegen tritt der frühere Justizminister Herr v. Varnhuf auf,

die Geringsfügigkeit der Mittel, um einem so großem Uebel zu steuern. „Seit 15 Jahren“ — fügt Jules Simon hinzu — „habe ich allen Kräften an der Lösung dieser Frage gearbeitet. Ich wäre glücklich gewesen, ein kräftig wirken es Mittel zu finden, um das Elend, den Pauperismus zu vernichten, von dem man heute so viel spricht. Aber ich bin zur Ueberzeugung gekommen, daß dieses große Mittel nicht existirt. Deshalb darf man auch die kleinen Hilseleistungen nicht misachten. Man muß sie im Gegentheil fortwährend in Anwendung bringen, und zwar mit Ausdauer, mit Herz und Muth, denn wenn man von einem kleinen Resultat zu einem andern schreitet, so erlangt man vielleicht endlich ein großes.“ Kurze Zeit bildete man sich ein, daß die Associationsfreiheit alle Uebel heilen könne: nun sei diese gewiß eine gute Sache, aber sie dürfe die individuellen Bemühungen nicht ganz verdrängen. Associationen könnten gute Resultate erzielen, aber sie dürften die individuelle Energie und Initiative nicht entmuthigen. Was die Aufmunterung und den Schutz betrifft, die man den Associationen gewähren will, so weist Redner dieselben nicht zurück, wie eine radicale Schule es thue; überhaupt sei der Radicalismus in keiner Beziehung gut. Was ihn betrifft, so will er, daß die Regierung die individuelle Initiative übermache und sie unterstütze. So könne man z. B. sehr gut leichtere Arbeiten von Arbeiter-Associationen ausführen lassen, anstatt sie Unternehmern zu geben. Er wünscht, daß die Fabrikanten die sie betreffenden Fragen gemeinschaftlich mit ihren Arbeitern prüfen und untersuchen und sich gegenseitig Concessions machen. Hier berührt nun Redner die Frage betreffs der reisenden Handwerksburschen, die man in Frankreich „Ouvriers nomades“ nennt. Er scheint die in dieser Beziehung in Deutschland bestehenden Einrichtungen nicht zu kennen. Wie aus diesem Theile seiner Rede hervorgeht, will er, daß die Arbeiter sich überall fest ansiedeln, in der nämlichen Werkstatt oder Fabrik bleiben, kurz, an dieselbe gebunden sind, wie der Bauer an seine Scholle. Redner tritt für die persönliche Initiative ein, er scheint aber nicht daran zu denken, daß das Reisen dem Arbeiter allein Initiative verleihen kann, und daß, wenn er sein Leben lang in ein- und derselben Fabrik verweilt, er eben zuletzt nichts weiter ist, als eine Maschine. Die französischen Arbeiter wechseln schon heute

26	5	335,37	+ 3,4	W.B. stämmisch, hell, Rim. bew.
	10	335,67	+ 4,3	do do bewässert

